

Stand: 20.04.2026 06:36:27

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/384

"Keine Trennung der Kinder von ihren Familien und keine Schwangeren in Abschiebehafte"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/384 vom 20.02.2019
2. Plenarprotokoll Nr. 10 vom 21.02.2019
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/580 des VF vom 28.02.2019
4. Beschluss des Plenums 18/1458 vom 02.04.2019
5. Plenarprotokoll Nr. 14 vom 02.04.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Toni Schuberl, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Keine Trennung der Kinder von ihren Familien und keine Schwangeren in Abschiebehaft

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, Kinder- und Familienschutz sowie soziale und medizinische Mindeststandards bei der Abschiebehaft einzuhalten, insbesondere dafür zu sorgen, dass

- keine Familientrennungen durch Abschiebehaft stattfinden und
- Schwangere nicht in Abschiebehaft genommen werden.

Begründung:

Vermeint ist es in den letzten Monaten zu Verhaftungen von Schwangeren und Müttern in Abschiebehaftanstalten in Bayern gekommen. Auch die Zahl der Inhaftierungen von (werdenden) Vätern, die von ihren schwangeren Frauen getrennt werden, ist im Freistaat konstant hoch. Mit der steigenden Zahl von Abschiebehaftplätzen wächst nach allen Erfahrungen die Wahrscheinlichkeit, dass vorhandene Plätze auch belegt werden. Hierzu leistet eine Justiz ihren Beitrag, die in kaum einem anderen Bereich sehenden Auges so häufig rechtswidrig entscheidet wie bei der Verhängung von Abschiebehaft.

Laut einer Statistik des Hannoveraner Rechtsanwalts Peter Fahlbusch, der seit 2001 Mandantinnen und Mandanten bundesweit in Abschiebehaft vertritt, sind insgesamt 1.627 rechtskräftige Entscheidungen in 823 Fällen (also rund 50 Prozent!) festgestellt worden. D. h., die Menschen wurden rechtswidrig inhaftiert. Bei manchen dauerte die Haft nur einen Tag, bei anderen mehrere Monate. Zusammengekommen kommen Peter Fahlbuschs Mandantinnen und Mandanten auf 21.538 rechtswidrige Hafttage – durchschnittlich waren das für jeden Betroffenen 26 Tage in Abschiebehaft – zu Unrecht. Die Zahlen für Bayern möchte die Staatsregierung auch nach wiederholten Anfragen seitens der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht vorlegen. Es ist aber davon auszugehen, dass viele Personen auch in Bayern zu Unrecht in der Abschiebehaft untergebracht waren und sind.

Ein Konglomerat aus Psychostress, Verzweiflung, Enttäuschung und verletzten Gerechtigkeitsgefühlen zieht eine Palette von Reaktionen nach sich, die von Aggressionen gegen das Personal über Selbstverletzungen und Hungerstreiks bis zu schweren psychischen Erkrankungen und Suizidversuchen reicht.

Für Schwangere und Mütter ist die gesamte Situation auch bei kurzem Haftaufenthalt sehr belastend. Die Inhaftierung dieser Personen muss daher sofort aufhören. Trennungen von Familien dürfen durch Abschiebehaft nicht erfolgen.

Es ist mir ein dringendes Anliegen, auch noch einmal darauf hinzuweisen, dass das Wild über seine Fettreserven gut ausgestattet ist. Wir schauen aber natürlich nicht zu, sollte es erneut zu einer höheren Schneelage kommen – im April sind schon öfters Schneemassen in den Bergregionen vorgekommen –, sondern müssen dann reagieren. Wir werden dann darauf bedacht sein, dass wir das Wild unterstützen, und zwar auch mit einer Fütterung, bei der wir selbstverständlich auch finanziell zur Seite stehen.

Ich weiß, dass es immer wieder Diskussionen um mögliche Hubschraubereinsätze gegeben hat. Das möchte ich jetzt doch ansprechen; eigentlich wollte ich das in dieser Phase des Dankes nicht tun. Mir ist es wichtig, nochmals auszusprechen, dass zu dem Zeitpunkt, als die Anfrage kam, noch keine Notzeit gegeben war, und wir ausdrücklich davor gewarnt haben, das Wild noch einmal aufzuscheuchen. Es braucht diese Ruhe, und genau dieser Stress hätte dazu geführt, dass die Fettreserven und die Energie bei den Tieren abgebaut werden. Deswegen wollten wir den Einsatz nicht riskieren. Sollte es jetzt wider Erwarten zu einem "Rückfall" im Winter kommen, sind wir aber selbstverständlich bereit, hier auch zu helfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch einmal darauf zurückkommen: Der Einsatz der bayerischen Jägerinnen und Jäger ist vorbildlich, und ich würde sagen: Er ist Naturschutz im höchsten Maße. Wenn auch wir als Gesellschaft uns daran halten, die eigenen Grenzen ein Stück weit mehr zu respektieren, wird es uns das bayerische Wild danken. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Frau Staatsministerin bzw. die Staatsregierung hat ihre Redezeit insgesamt um eine Minute und fünf Sekunden überzogen. Damit gibt es das Recht für jede Fraktion, eine zusätzliche Redezeit von genau dieser einen Minute und fünf Sekunden zu beanspruchen. Ich möchte das offiziell hier bekannt geben und frage in die Runde, ob noch Wortmeldungen vorliegen. – Das ist nicht der Fall. Damit ist dieser Punkt abgeschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/379 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD, das sind die FREIEN WÄHLER, das sind die CSU, die FDP und die AfD. Wer ist dagegen? Gegenstimmen, bitte. – Sehe ich keine. Enthaltungen? – Enthaltungen bei der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/381 mit 18/384 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, damit schließe ich die Sitzung und wünsche einen guten Nachhauseweg.

(Allgemeiner Beifall – Schluss: 14:26 Uhr)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 18/384

Keine Trennung der Kinder von ihren Familien und keine Schwangeren in Abschiebehaft

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Gülseren Demirel**
Mitberichterstatter: **Karl Straub**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 7. Sitzung am 28. Februar 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülsersen Demirel, Toni Schuberl, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 18/384, 18/580

Keine Trennung der Kinder von ihren Familien und keine Schwangeren in Abschiebehaft

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 3)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 8 der Liste. Dies ist der Antrag der Abgeordneten Rauscher, Fehlner, Halbleib und anderer (SPD) betreffend "Für ein buntes Bayern jetzt – 1 – Endlich Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt vorlegen!" auf Drucksache 18/237, der auf Antrag der SPD-Fraktion einzeln beraten werden soll. Der Aufruf erfolgt am Ende der Tagesordnung.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 3)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und der AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ich sehe keine. Der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos) ist nicht anwesend. Die Frage, ob er sich einem Fraktionsvotum und welchem Fraktionsvotum er sich anschließen will, erübrigt sich damit. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 7)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Doppelte Anrechnung des Familiengelds auf Sozialleistungen vermeiden
 Drs. 18/110, 18/501 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Bericht zur sog. Prepperszene in Bayern
 Drs. 18/113, 18/1044 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Böhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Seitenabstandsaufkleber 1,50 Meter zu Radfahrenden auf Heckscheiben der Polizei-Fahrzeuge
Drs. 18/153, 18/1046 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Energiewende in Bayern II: Mehr Einsatz für Windenergie
Drs. 18/155, 18/678 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Annette Karl SPD
Kompetenznetzwerk Künstliche Maschinelle Intelligenz – Stärkung von KI-Kompetenzen an bayerischen Hochschulen
Drs. 18/203, 18/931 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Sichere Energieversorgung für den Wirtschafts- und Industriestandort Bayern durch sinnvollen Energiemix und Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke
Drs. 18/233, 18/1296 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Familienfreundliches Teilzeit-Referendariat für Junglehrkräfte aller Schularten ermöglichen
Drs. 18/234, 18/681 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Für ein buntes Bayern jetzt – 1
Endlich Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt vorlegen!
Drs. 18/237, 18/749 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Zugabe von Mikroplastik dulden
Drs. 18/274, 18/1094 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Klaus Adelt u. a. SPD
Pflegerische Angehörige besser unterstützen I – Datenbank mit Angeboten etablieren
Drs. 18/277, 18/1257 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Klaus Adelt u. a. SPD
Pflegerische Angehörige besser unterstützen II – Netzwerkarbeit und Care Management verbessern sowie Koordinierungsstelle Pflegeberatung schaffen
Drs. 18/278, 18/1258 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Trennung der Kinder von ihren Familien und keine Schwangeren in Abschiebehaft
Drs. 18/384, 18/580 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Volker Bauer, Barbara Becker u. a. CSU
Prävention vor und Management von invasiven Tier- und Pflanzenarten
Drs. 18/395, 18/1093 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Christian Flisek, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u. a. SPD
Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungswidrigkeit von Wahlrechtsausschlüssen in Landesrecht umsetzen!
Drs. 18/420, 18/1291 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen

24. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Petra Guttenberger, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Alexander Hold u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wahlrecht reformieren – Beseitigung der Ungleichbehandlung von Menschen mit Behinderung bei Wahlen
Drs. 18/443, 18/1292 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Prekäre Situation für Forstabsolventen
Drs. 18/307, 18/1273 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

26. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Volkmar Halbleib SPD
Bekanntnis zum Grundstückserwerb für die Uniklinik Würzburg
Drs. 18/223, 18/932 (ENTH)

**Gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>